



PLATFORM FOR INTERNATIONAL COOPERATION ON
UNDOCUMENTED MIGRANTS

PICUM QUARTALSRUNDBRIEF JANUAR-MÄRZ 2017

GRENZEN

VEREINTE NATIONEN

ENTWICKLUNGEN IN DER EU-POLITIK

NATIONALE ENTWICKLUNGEN

GESUNDHEITSWESEN

ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

UNDOKUMENTIERTE FRAUEN

UNDOKUMENTIERTE KINDER UND IHRE FAMILIEN

ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG

GRENZEN

EUROPA / Neue "Rückführungsexperten" zur Unterstützung der Abschiebung von Migrant*innen

Die Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache, FRONTEX, hat einen Pool von Experten eingerichtet, um die Abschiebung von Zuwanderern in der gesamten Europäischen Union zu intensivieren. Dieser wird sich aus 690 Beobachtern, Begleitern und Spezialisten in Sachen Rückführung zusammensetzen. Laut Statewatch wurde Frontex für Tätigkeiten im Bereich Rückführung sowohl 2016 als auch 2017 66.5 Millionen Euro zugeteilt, gegengüber 9,5 Millionen Euro im Jahr 2015.

Quellen: [Frontex News](#) 10. Januar 2017; [Statewatch](#), 27. Januar 2017

UNGARN / Migrant*innen werden in Containerlagern festgehalten

Das ungarische Parlament hat am 7. März ein Gesetz verabschiedet, welches das Festhalten von irregulären Zuwanderern in umfunktionierten Schiffscontainern ermöglicht. Laut eines Regierungssprechers sollen die festgehaltenen Personen das Containerlager nur nach Bewilligung der Aufenthaltsgenehmigung verlassen können, oder wenn sie sich freiwillig zum Verlassen des Landes und zur Rückkehr nach Serbien entscheiden. Über 320 Schiffscontainer wurden in zwei Transitzonen zwischen Ungarn und Serbien aufgestellt. Der Innenminister hat erklärt, dass allein Kinder unter 14 Jahren nicht in den Lagern festgehalten sondern in Kinderpflegeeinrichtungen im Land untergebracht würden. Es wird weiterhin über Gewalt gegen Einwanderer an den Landesgrenzen berichtet. Ärzte ohne Grenzen (MSF) [berichtet](#), dass zwischen Januar 2016 und Februar 2017 über 100 Patienten behandelt wurden, deren Verletzungen auf die von der ungarischen Grenzkontrolle ausgehenden Gewalt zurückzuführen ist. Dazu zählen u.a. Verletzungen durch Schläge und Hundebisse, Reizungen durch Tränengas oder Pfefferspray.

Quellen: [EU Observer](#), 7. März 2017; [EU Observer](#) 15. März 2017

MITTELMEER / Tausende Migrant*innen gerettet, über 520 Tote, Rettungsmissionen unter Verdacht in Verbindung zu Schleppern zu stehen

Laut dem Projekt Missing Migrants der Internationalen Organisation für Migration (IOM) haben zwischen dem 1. Januar und dem 19. März 2017 525 Personen im Meer ihr Leben verloren. In derselben Zeitspanne haben 20484 Migrant*innen und Geflüchtete Europa über das Meer erreicht. Im März wurden innerhalb weniger Tage 6000 Personen auf der zentralmediterranen Route zwischen Libyen und Italien gerettet. Während einer Rettungsaktion wurde ein Mädchen an Bord eines Schiffes geboren. Am 21. Februar berichtete der libysche Rote Halbmond, dass 74 Leichen nahe der libyschen Mittelmeerstadt Zawiya an Land gespült worden seien. Der Generalstaatsanwalt der sizilischen Stadt Catania gründete unterdessen eine Spezialeinheit, die untersuchen soll, ob Nichtregierungsorganisationen, die Migrant*innen und Geflüchtete retten, von Schleppern finanziert werden. Sea-Watch, SOS Mediterranee, Ärzte ohne Grenzen (MSF) und andere NGOs, die am Mittelmeer aktiv sind, weisen die Vorwürfe zurück.

Quellen: [Reuters](#), 28. März 2017; [Al Jazeera](#) 21. März 2017; Internationale Organisation für Migration, [Pressemitteilung](#) 21. März 2017; [La Vanguardia](#), 27. März 2017

VEREINTE NATIONEN

UN / Ausschuss der UN macht auf das durch internationales Recht verbürgte Anrecht aller Migrant*innen auf medizinische Versorgung aufmerksam

Der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen (CESCR) veröffentlichte am 13. März 2017 eine Erklärung mit dem Titel "Duties of States towards refugees and migrants under the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights" (Staatspflichten gegenüber Geflüchteten und Migranten gemäß des internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) (ICESCR). Der systematische Ausschluss undokumentierter Personen vom Zugang zu medizinischer Versorgung, Beschäftigung, Erziehung und sozialer Wohnhilfe, kann - so der Ausschuss in der Erklärung - nicht toleriert werden. Der Ausschuss fordert eine strikte Trennung zwischen Gesundheitswesen und Gesetzesvollzug, sodass Personen, die medizinische Hilfe in Anspruch nehmen, keine Anzeige fürchten müssen. Außerdem würdigt er den Beitrag der zugewanderten Arbeiter zum Sozialversicherungssystem und betont die Notwendigkeit, diese vor Ausbeutung zu schützen und sicherzustellen, dass Beschwerden eingereicht werden können, ohne Abschiebung befürchten zu müssen. Die Erklärung ist [hier](#) zu lesen.

ENTWICKLUNGEN IN DER EUROPAPOLITIK

EUROPÄISCHE KOMMISSION / Neue Maßnahmen in der Rückkehrpolitik stehen in der Kritik, mehr Schaden und Leid zu verursachen

Die Europäische Kommission hat einen erneuerten EU-Aktionsplan für die Rückkehr präsentiert und eine Empfehlung an die EU-Mitgliedstaaten zu einer höheren Abschiebungsrate ausgesprochen. Die Maßnahmen halten die Mitgliedstaaten dazu an, Rückführungsbeschlüsse systematisch zu erteilen. Außerdem sollen Migrant*innen festgenommen werden, die trotz Erhalt des Rückführungsbescheides „Anzeichen zeigen“ diesen nicht zu befolgen und nicht im Rückführungsprozess mitwirken zu wollen. Die Maßnahmen umfassen auch die Festnahme von Kindern und legen Restriktionen bei der Einforderung von Rechten und anderen Verfahrensgarantien nahe. In einer [gemeinsamen Stellungnahme](#) äußert eine Vereinigung von über 90 zivilgesellschaftlichen Organisationen ihre Sorge hinsichtlich verlängerter Abschiebehaft. Sie erinnert die Europäische Kommission an die gemeinsamen Werte Europas und betont das Fehlen von Nachweisen dafür, dass Inhaftierung und Abschiebung irreguläre Migration verhindere. Eine Gruppe von Kinderrechtsorganisationen weist in ihrer [gemeinsamen Stellungnahme](#) darauf hin, dass die Maßnahmen ein Risiko für das Leben von Kindern und eine Verletzung der UN-Kinderrechtskonvention darstellen. Das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) nannte die Empfehlungen der EU zu Rückkehrprozessen [einen „Schlitterpfad“](#) zur Bewältigung der Herausforderungen Europas in Sachen Migration. Das Büro fordert die Entwicklung und Implementierung von Alternativen zu Inhaftierungen wie beispielsweise Registrierungs- und Meldepflichten.

Quelle: Europäische Kommission, [Pressemitteilung](#), 2. März 2017

EU – LIBYEN / Kooperation zum Stopp der Migrationsbewegung durch Libyen vorgeschlagen

Bei einem informellen Treffen in Malta am 3. Februar 2017 verabschiedeten die EU-Staats- und Regierungschefs eine [Erklärung](#), die eine Zusammenarbeit mit Libyen vorschlägt um die Migrationsbewegungen von Libyen nach Europa einzuschränken. Die „Malta-Erklärung“ sieht unter anderem die Ausbildung, Ausstattung und Unterstützung der libyschen Küstenwache und anderer relevanter Behörden vor. Auch soll sichergestellt werden, dass Libyen über adäquate Kapazitäten und Konditionen zur Aufnahme von Migrant*innen verfügt. In einer an alle Regierungschefs der Europäischen Union gerichteten gemeinsamen Erklärung weist ein Gruppe von über 70 Organisationen darauf hin, dass die Pläne zu einer Zunahme der Verhaftungen von Migrant*innen in Libyen und einer Bedrohung derselben durch schwere Menschenrechtsverletzungen führen werden, dass der Fokus auf die Bekämpfung von Schleppern weder die Migration verhindern, noch Lösungen für das menschliche Leid bringen wird und dass das Abkommen zwischen der EU und der Türkei nicht als gutes Beispiel herangezogen werden kann. Die Erklärung ist [hier](#) auf Englisch, Deutsch, Griechisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Niederländisch und Polnisch zu lesen. Angesichts eines Treffens der EU-Staats- und Regierungschefs am 3. Februar 2017 in Malta hat die Europäische Kommission eine gemeinsame Mitteilung mit dem Titel “Migration on the Central Mediterranean route: Managing flows, saving lives” (Migration auf der zentralmediterranen Route: Zuflüsse lenken, Leben retten) veröffentlicht. Die vorgeschlagenen Maßnahmen umfassen die Reduzierung der Überquerungen und der Lebensrettung auf See, die Verstärkung des Kampfes gegen Schlepper und Schieber, die Steigerung der Umsiedlungen und die Förderung der freiwilligen betreuten Rückkehr sowie die Regulierung der Migrationsströme über die libysche Südgrenze und eine stärkere Zusammenarbeit mit Ägypten, Tunesien und Algerien. Die Mitteilung ist [hier](#) zu lesen.

Quellen: [Rat der Europäischen Union](#), 3. Februar 2017; [Europäische Kommission Nachrichten](#), 25. Januar 2017

NATIONALE ENTWICKLUNGEN

EUROPA / Bürger wegen Hilfe für undokumentierte Migrant*innen angeklagt

Medien berichten über mehrere Fälle von Strafanzeigen gegen Bürger wegen Hilfeleistungen für irreguläre Migrant*innen. Der 45-jährige Geographieprofessor Pierre Mannoni wurde an einer Autobahnmautstelle festgenommen als er drei verletzte eritreische Mädchen für ihre medizinische Versorgung nach Nizza fuhr. Im Januar 2017 wurde er vor Gericht frei gesprochen, aber eine Berufung durch die Staatsanwaltschaft forderte eine 6-monatiger Freiheitsstrafe. Im September 2016 wurde Houssam El Assimi während einer Polizeirazzia in einem Pariser Lager verhaftet. Laut Berichten hat Herr El Assimi Migrant*innen geholfen, unter anderem durch Übersetzungen. Er wurde wegen „Gewalt gegen Behördenmitarbeiter“ festgenommen, als er während einer Razzia in einem Lager in Paris gegen Polizeigewalt protestierte. Die Verhandlung wurde bis zum Mai 2017 vertagt. Ein britischer Soldat im Ruhestand, der versuchte ein vierjähriges afghanisches Mädchen aus einem Lager in Calais, Frankreich, zu ihrer Familie in das Vereinigte Königreich zu bringen (siehe [PICUM Bulletin](#), 2., März 2016) und nur knapp einer Gefängnisstrafe entging, berichtet, dass er danach zahlreiche Hassmails erhielt. Ein Verfasser forderte sogar, dass er wegen Schlepperei gehängt werden solle.

Quellen: [The Guardian](#), 7. Januar 2017; [Al Jazeera](#), 25. Januar 2017

GRIECHENLAND / Fälle von Selbstverletzungen, Selbstmordversuchen und Gesundheitsproblemen unter Migrant*innen und deren Kindern nehmen zu

Ein syrischer Flüchtling setzte sich auf der griechischen Insel Chios am 30. März 2017 selbst in Brand und erlitt Verbrennungen auf 85% seiner Körperoberfläche. Wenige Tage vor dem Vorfall wurde ein Mann erhängt am Hafen von Piraeus aufgefunden, der Asylantragsdokumente bei sich trug und offensichtlich Flüchtling war. Im Februar 2017 fand auch eine Reihe von Hungerstreiks in ganz Griechenland statt, durch die auf die schwierigen Lebensbedingungen von Geflüchteten aufmerksam gemacht werden sollte. Der letzte Streik startete im Lager Elliniko, einem verlassenen Sportkomplex, in dem 1000 Personen untergebracht sind. Kinder ab 9 Jahren unter den Migrant*innen in Griechenland haben Selbstmordversuche unternommen. Laut Berichten hat ein 12 Jahre alter Junge seinen Selbstmordversuch gefilmt, nachdem er andere Selbstmordversuche beobachtete. Die Organisation Save the Children berichtet, dass die Lebensverhältnisse von Migrant*innen und Flüchtlingskindern

zu einer immer höheren Zahl von Selbstverletzungen unter denselben führen und der Drogenkonsum unter Kindern steigt. Migrant*innen und Geflüchtete haben oft keinen Zugang zu warmem Wasser und sanitären Einrichtungen, müssen Minustemperaturen in Sommerzelten ertragen und kommen in völlig überfüllten Einrichtungen unter. Der von Ärzte ohne Grenzen (MSF) am 14. März 2017 veröffentlichte Bericht '[One Year on from the EU-Turkey Deal: Challenging the EU's Alternative Facts](#)' (Ein Jahr nach dem EU-Türkei Pakt: Anfechtung der alternativen Fakten der EU) macht ersichtlich, dass sich der physische und psychische Gesundheitszustand von Geflüchteten in Griechenland seit dem Abkommen zwischen EU und Türkei im März 2016 deutlich verschlechtert hat. Psychologen von Ärzte ohne Grenzen (MSF) haben über 760 Konsultationen zur psychischen Gesundheit realisiert und verzeichnen eine Verschlechterung der psychischen Gesundheit unmittelbar nach der Umsetzung des EU-Türkei-Pakts. In dem Jahr nach dem Pakt wird ein bedeutender Anstieg der Anzahl von Patienten mit Angstzuständen, Depressionen und posttraumatischen Belastungsstörungen beobachtet. Quellen: [Al Jazeera](#), 30. März 2017; [Al Jazeera](#), 28. März 2017; [EU Observer](#), 6. Februar 2017; [Reuters](#), 16. März 2017

SCHWEIZ / Programm ‚Papyrus‘ soll bei der Regularisierung tausender undokumentierter Migrant*innen in Genf helfen

In der Schweiz soll die neue Regularisierungsinitiative ‚Operation Papyrus‘ den Status tausender undokumentierter Migrant*innen im Kanton Genf regeln. Die Initiative will auch die formelle Arbeit und Informationen über Arbeitgeber sammeln, die Arbeiter ohne Aufenthaltsstatus einstellen. Mehrere Organisationen für die Rechte von Migrant*innen, einschließlich einer Gewerkschaft, haben sechs Jahre an dem Projekt gearbeitet. Regularisierung ist für diejenigen irregulären Migrant*innen möglich, die in Genf leben und als „integriert“ angesehen werden. Die Kriterien für eine anerkannte Integration sind folgende: Familien mit Schulkindern müssen 5 Jahre in der Schweiz gelebt haben, andere Bewerber 10 Jahre. Die Bewerber müssen finanziell unabhängig sein. Sie müssen die „gelungene Integration“ durch Sprachkenntnisse im Französischen nachweisen oder ihre Kinder in Schweizer Schulen angemeldet haben. Die Bewerber dürfen keine Einträge im Strafregister haben. Die Bewerbungen zur Regularisierung werden individuell beurteilt.

Quellen: [Tribune de Genève](#), 21. Februar 2017; [Le Temps](#), 21. Februar 2017; [Collectif de soutien aux sans-papiers](#) März 2017

USA / Neue Trump Regierung nimmt undokumentierte Migrant*innen ins Visier

Nach seiner Amtseinführung als 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika am 20. Januar 2017 ergriff Donald Trump Maßnahmen, die auf undokumentierte Migrant*innen abzielen. Er unterzeichnete eine Anordnung zum Bau einer Mauer entlang der Grenze zu Mexiko. Zudem forderte er ein härteres Durchgreifen gegen irreguläre Migrant*innen im Land und reaktivierte Programme, die der Regierung eine Zusammenarbeit mit lokalen und staatlichen Behörden ermöglichen, wenn es um die Verhaftung und Abschiebehaft von irregulären Migrant*innen mit Vorstrafe geht. Mit einer weiteren Anordnung von 27. Januar 2017 verhängte Donald Trump eine Sperre auf die Einreise von allen Geflüchteten für die Dauer von 120 Tagen, eine zeitlich unbegrenzte Einreisesperre für syrische Flüchtlinge und eine vorübergehende Einreisesperre für Migrant*innen und Reisende aus mehreren überwiegend muslimischen Ländern, darunter Iran, Irak, Libyen, Somalia, Sudan, Syrien und Jemen. Die Sperre betrifft auch Menschen mit gültigen Visa und Aufenthaltstiteln, Menschen, die nur auf Durchreise sind, sowie Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft. Eine weitere Anordnung sieht vor, dass Zufluchtsstädte, also Städte, die Maßnahmen ergriffen haben, um undokumentierte Migrant*innen vor der Umsetzung föderaler Migrationsgesetze zu schützen, Gefahr laufen, föderale Fördergelder zu verlieren. Mehrere Bürgermeister großer Städte überall in den USA haben betont, dass ihre Städte sichere Räume bleiben werden und dass sie gegen die föderalen Versuche, Menschen abzuschieben, Widerstand leisten werden. Mehr als 60 Polizeichefs erklärten öffentlich ihren Widerstand gegen Trumps Migrationspolitik. Die Polizei in Los Angeles betonte, dass eine Umsetzung dieser Migrationsgesetze Probleme zwischen Polizei und Migrant*innen schaffen sowie Angst schüren würde.

Quellen: [The New York Times](#), 25. Januar 2017; [The Guardian](#), 25. Januar 2017; [New York Times](#), 27. Januar 2017; [New York Times](#) 29. Januar 2017; [Los Angeles Times](#), 30. Januar 2017

GESUNDHEIT

BELGIEN / BERICHT / Maßnahmen für Migrant*innen im Transit schaden ihrer Gesundheit

Die Organisation Médecins du Monde (MDM) Belgien hat am 23. Februar 2017 einen Bericht veröffentlicht „Unsichtbare Notfälle? Unterschiedliche Praktiken und rechtliche Ansprüche im Bereich Gesundheit für Migrant*innen im Transit“ (Invisible Emergencies? How Legal Entitlements to Health and Practice Diverge for Migrants in Transit in Belgium). Der Bericht beschreibt die Notlagen von Migrant*innen in Belgien und die Auswirkungen auf ihre Gesundheit. Er stellt Erhebungen zusammen, die durch die Kliniken von Médecins du Monde an den Brüsseler Bahnhöfen gemacht wurden, wo einzelne Migrant*innen behandelt sowie medizinische Beratungen durchgeführt wurden. Obwohl das belgische Recht auch für undokumentierte Migrant*innen ein Recht auf Gesundheitsversorgung vorsieht, stehen ihrer Inanspruchnahme viele Hürden im Weg. Der Bericht stellt daher mehrere Empfehlungen vor, darunter die Schaffung von sicheren und regulären Migrationswegen, Zugang zur medizinischen Grundversorgung, die Abschaffung von Gesundheitsuntersuchungen, die lediglich dem Zweck der Migrationskontrolle dienen, die Entkriminalisierung von Solidarität und die Vereinfachung der Verfahren für den Zugang zu medizinischer Versorgung. Der Bericht ist [hier](#) zu finden.

UK / Innenministerium verlangt vertrauliche Krankenakten im Vollzug von Migrationsgesetzen

Das Britische Innenministerium hat vom staatlichen Gesundheitsdienst (National Health Service - NHS) die Mitteilung von Patientendaten verlangt, einschließlich der zuletzt bekannten Adresse, um Migrationsvorschriften umzusetzen. Die Informationen von mehr als 8100 Personen wurden an die Migrationsabteilung des Innenministeriums weitergeleitet. Berichten zufolge betreffen die Anfragen Personen, die bisher keinen Kontakt mit den Einwanderungsbehörden hatten oder nach Ablauf ihres Visums weiterhin in Großbritannien geblieben sind. Mehrere Gesundheits- und Menschenrechtsorganisationen haben die Weitergabe personenbezogener Daten kritisiert und eine Einstellung dieser Praxis gefordert.

Quellen: [The Guardian](#), 24. Januar 2017; [The Guardian](#), 1. Februar 2017; Migrants Rights Network and Docs not Cops, Pressemitteilung: <http://www.docsnocops.co.uk/tag/government-reports/>

ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

GLOBAL / ILO / Allgemeine Prinzipien und operative Leitlinien für faire Vermittlung

Die Internationale Arbeitsorganisation hat nicht-bindende allgemeine Prinzipien und operative Leitlinien für faire Vermittlung, auch von Wanderarbeitnehmer*innen, verabschiedet. Die Prinzipien erläutern, dass Gesetze und Maßnahmen im Bereich Erwerbstätigkeit und Vermittlung auf alle Arbeitnehmer*innen und alle Aspekte des Vermittlungsprozesses anzuwenden sind und dass schriftliche Verträge für die Arbeitnehmer*innen verständlich sein müssen. Außerdem sollen die Bewegungsfreiheit von Arbeitnehmer*innen innerhalb eines Landes, sowie das Recht, das Land zu verlassen, gewährleistet sein. Personalausweis bzw. Reisepass sowie Arbeitsverträge der Arbeitnehmer*innen dürfen nicht beschlagnahmt, zerstört oder einbehalten werden. Wanderarbeitnehmer*innen sollten keiner Erlaubnis der Arbeitgeber*innen bzw. Vermittlungsorganisation bedürfen, um den Arbeitgeber zu wechseln. Die Regierungen sollen Maßnahmen treffen, um die Arbeitsrechte von Migrant*innen über Grenzen hinweg und auch nach der Rückkehr in das Herkunftsland zu gewährleisten. Die Leitlinien beziehen sich auch auf die Steuerung von Arbeitsmigration, die Anpassung von Einstellungen an die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und Politiken der Arbeitsmigration, die Gewährleistung von Standards und Aufsicht von Arbeitsvermittlung in bilateralen/multilateralen Abkommen zum Thema Arbeitsmigration und ihre Umsetzung. Die Leitlinien sind [hier](#) zu finden.

BROSCHÜRE / Leitlinien zur Entwicklung wirksamer Beschwerdeverfahren für Wanderarbeitnehmer*innen

PICUM hat Leitlinien zur Entwicklung wirksamer Beschwerdeverfahren für Wanderarbeitnehmer*innen in Fällen von Arbeitsausbeutung und Misshandlung entwickelt. Die Leitlinien erläutern, was für ein wirksames Beschwerdeverfahren notwendig ist, um der Arbeitsausbeutung von Wanderarbeitnehmer*innen vorzubeugen bzw. um darauf zu reagieren. Personenbezogene Daten der Arbeitnehmer*innen dürfen nicht zwischen den für Arbeit zuständigen Behörden und den Einwanderungsbehörden weitergegeben werden. Dieser „Schutzwall“ betrifft auch Arbeitsinspektion und Arbeitsgerichte, die somit sicherstellen können, dass Arbeitnehmer*innen

Beschwerden einreichen, ohne eine Abschiebung fürchten zu müssen. Andere Schlüsselemente schließen die Bereitstellung einer gesetzlichen Vertretung und eines Aufenthaltstitels ein – zumindest für die Zeit des Verfahrens und mit der Möglichkeit einer Verlängerung, sodass die Arbeitnehmer*innen am Verfahren teilnehmen können. Die Leitlinien sind auf [Englisch](#), [Niederländisch](#), [Deutsch](#) und [Tschechisch](#) verfügbar.

UNDOKUMENTIERTE FRAUEN

DEUTSCHLAND / PERSÖNLICHE BERICHTE / Migrantinnen erzählen ihre Geschichten durch Gebete

Die Organisation Maisha, die sich für die Rechte von Migrant*innen einsetzt, hat im März 2017 eine Sammlung von Gebeten von Frauen aus afrikanischen Ländern veröffentlicht. Die Gebete erzählen die Erfahrungen von Gewalt und berichten über Gründe, warum Frauen sich auf die Reise nach Europa gemacht haben; sie sprechen über die Gefahren und das Elend während der Reise sowie über die Situation und die Schwierigkeiten im Ankunftsland. Viele Frauen teilen ihre Geschichten von Vergewaltigung, Beschneidung, die Versuche, für ihre Kinder und die eigene Sicherheit zu sorgen; Geschichten der Verzweiflung, darunter auch die Angst, zurück in die unsichere Situation im Herkunftsland abgeschoben zu werden. Die Gebetssammlung ist auf [Englisch](#) und [Deutsch](#) erschienen.

GLOBAL / Internationales Frauennetzwerk fordert Menschenrechte für Migrantinnen

Am 8. März 2017, dem Internationalen Frauentag, hat das Netzwerk Frauen in der Migration (Women in Migration Network - WIMN) eine Erklärung veröffentlicht: „Für die Mobilisierung und den Widerstand und für die Menschenrechte von Frauen in der Migration“. Angesichts zunehmender Inhaftierungen, Abschiebungen, Rassismus und Xenophobie betont WIMN die Menschenrechte aller Migrant*innen und Geflüchteten unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft und ihrem Aufenthaltsstatus. Die Erklärung weist auch auf Beispiele von Solidarität und Widerstand weltweit hin, darunter mehrere Frauenmärsche. Die Erklärung 'For Mobilization and Resistance to Claim the Human Rights of Women in Migration' kann [hier](#) abgerufen werden.

UNDOKUMENTIERTE KINDER UND IHRE FAMILIEN

EU / Empfehlungen an die EU und nationale Regierungen, um das Verschwinden und die Ausbeutung von Migrantenkidern zu beenden

45 Kinderrechtsorganisationen haben [Empfehlungen](#) zur Situation von verschwundenen Migrantenkidern veröffentlicht. Die Empfehlungen betreffen die Verbesserung von Aufnahmebedingungen und -verfahren, Zugang zu ausgebildeten Vormündern, Informationen und das Recht, gehört zu werden, reguläre Migrationswege und langfristige Lösungen. Die Empfehlungen basieren auf Forschung, Expertise und Empfehlungen, die im Rahmen der Konferenz '[Lost in migration](#)' im Januar vorgetragen wurden. Organisationen können die Empfehlungen [hier](#) unterstützen.

GLOBAL / 6 Millionen staatenlose Kindern und Risiko der Staatenlosigkeit für Kinder von undokumentierten Migrant*innen

Alle 10 Minuten kommt ein Kind ohne Nationalität zur Welt. Der Bericht „Die Staatenlosen dieser Welt“ (The World's Stateless) und die dazugehörige Webseite (www.worldsstateless.org) des Instituts über Staatenlosigkeit und Inklusion (Institute on Statelessness and Inclusion) betont, dass es weltweit über sechs Millionen staatenlose Kinder gibt. Der Bericht fordert zur sofortigen Handlung auf, um Staatenlosigkeit bei Kindern durch Mobilisierung, Interessenvertretung, Gerichtsverfahren und anderen Mitteln anzugehen. Durch die Verweigerung einer Nationalität wird staatenlosen Kindern der Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und anderen Grundrechten verwehrt. Der Bericht enthält auch ein Kapitel, das die besonderen Risiken von Kindern von undokumentierten Migrant*innen in Europa beleuchtet. Der Bericht ist [hier](#) zu finden.

SCHWEDEN / 'Das Syndrom der Resignation' – Migrantenkinder zeigen Symptome der Verzweiflung

In Schweden weisen immer mehr Berichte auf Migrantenkinder hin, die in einen Zustand der Apathie und Gleichgültigkeit verfallen, der als Folge der schwierigen Situationen, in denen sie sich befinden, gewertet werden kann. Im Schwedischen ist das Phänomen als 'de apatiska' oder 'uppgivenhetssyndrom' bekannt, also 'Syndrom

der Resignation', wofür aber keine physischen oder neurologischen Krankheiten bekannt sind, obwohl die betroffenen Kinder Anzeichen dafür zeigen, ihren Lebenswillen verloren zu haben. Die Krankheit wurde schon zu Beginn der 2000er Jahre entdeckt. In einem offenen Brief an das schwedische Migrationsministerium hat eine Gruppe von 42 Psychiatern betont, dass die neuen Einschränkungen gegenüber Asylsuchenden und die langen Bearbeitungszeiten von Asylanträgen die Krankheit verursachen. In einigen Fällen befanden sich Kindern über viele Jahre hinweg in einer ungewissen Aufenthaltssituation und mussten eine Trennung von ihrer Familie oder eine Abschiebung mit ihrer Familie fürchten. Die Migrationsbehörde hat begonnen, apathischen Kinder-Migrant*innen und ihren Familien einen Aufenthalt in Schweden zu gewähren.

Quellen: [The New Yorker](#), März 2017; [The Independent](#), 2. April 2017

ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG

DEUTSCHLAND / Regierung will mehr Abschiebung, Bundesländer wehren sich dagegen

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der tunesische Präsident Beji Caid Essebsi haben im März eine Vereinbarung getroffen, dass abgelehnte tunesische Asylsuchende schneller nach Tunesien abgeschoben werden sollen. Im Gegenzug will Deutschland 250 Millionen Euro für Ausbildung und die Gründung von kleinen Unternehmen in Tunesien bereitstellen. Angela Merkel hat außerdem die Ministerpräsident*innen der deutschen Bundesländer aufgefordert, irreguläre Migrant*innen abzuschicken, was aber auf Widerstand und Kritik stieß, insbesondere in Thüringen und Schleswig-Holstein. Diese Bundesländer übten vor allem an der Abschiebung nach Afghanistan Kritik. Am 10. März 2017 hat der Deutsche Bundesrat ein Gesetz abgelehnt, das Marokko, Algerien und Tunesien zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt hätte. Die Organisation Pro Asyl gibt an, dass Abschiebungen in diese Länder dennoch weiterhin möglich sein werden und auch durchgeführt werden.

Quellen: [Pro Asyl News](#), 10. März 2017; [Der Spiegel](#), 9. März 2017; [Agence France Presse](#), 14. Februar 2017

MALTA / Die Abschiebehaft von Migrant*innen aus Mali ist rechtswidrig

In einem offenen Brief an den maltesischen Premierminister Joseph Muscat und den Innenminister Carmelo Abela haben NGOs die Regierung aufgefordert, sofort neun Männer aus der Abschiebehaft zu entlassen. Die Migranten waren Teil einer Gruppe von 33 Maliern, die während einer Razzia im November 2016 gefasst und inhaftiert wurden. Die Razzia war Teil eines gemeinsamen EU-Programms, das Mali Entwicklungshilfe gewährt, wenn sich das Land zur Wiederaufnahme abgelehnter Asylsuchender verpflichtet. Die NGOs argumentieren, dass die anhaltende Abschiebehaft der Männer mit Blick auf nationales und EU-Recht rechtswidrig sei sowie eine Verletzung ihrer Menschenwürde darstelle. Die Regierung von Malta wartet noch auf Dokumente der malischen Behörden für die neun Migranten. Im Januar erklärte Innenminister Abela, dass er bereit ist, die Migranten freizulassen, wenn die Beschaffung der Dokumente zu lange dauern sollte.

Quellen: [Malta Today](#), 12. Februar 2017